

## **Die Einhaltung der grundlegenden Menschenrechte und Grundfreiheiten in Guantanamo Bay**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die 60. Tagung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen begann nur vier Tage nach den Terroranschlägen von Madrid. Mit großer Sorge müssen wir deshalb feststellen, dass es die gleichen Gefahren sind, die das Umfeld der Arbeit der Kommission und die Menschenrechtspolitik insgesamt prägen. Wir sind deshalb sehr froh darüber, dass die Menschenrechtskommission trotz aller Probleme, über die wir noch zu reden haben werden, weiterhin als unverzichtbares Dialogforum existiert, auf dem gewaltfreie Lösungen besprochen werden können, und zwar – dazu verhält sich die Regierungskoalition in ihrem Antrag – auch mit so genannten menschenrechtlich problematischen Staaten. Ein schwieriges weltpolitisches Umfeld hat immer auch problematische Rückwirkungen auf die Menschenrechtspolitik. In Zeiten epochaler Bedrohungen besteht die Gefahr, sich mit fragwürdigen Bündnispartnern arrangieren zu wollen – nach dem Motto: Schweigst du zu meinen Menschenrechtsverletzungen, schweige ich zu deinen. Dies – ich glaube, darüber besteht Konsens – können, wollen und werden wir nicht hinnehmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deswegen werden wir dafür arbeiten, dass sich die Kommission auch weiterhin mit Länderresolutionen befasst und nicht nur Grundsatzserklärungen produziert. Wir müssen aber auch dafür Sorge tragen – hier vertrauen wir auf die Aktivitäten der Bundesregierung –, dass Resolutionen nicht auf dem Altar machtpolitischer Überlegungen geopfert oder wegen vermeintlicher regionaler Verbundenheit verhindert werden, wie es in den vergangenen Jahren leider immer wieder der Fall war. Es zeigt sich, wie wichtig es ist, in Sachen Menschenrechte stets mit gutem Beispiel voranzugehen. Zum Thema Guantanamo wird die Kollegin Angelika Graf gleich noch Stellung nehmen. Hierzu nur so viel: Der Terrorismusexperte Walter Laqueur hat nach dem 11. September 2001 gesagt, bei der Terrorbekämpfung werde die Frage nicht sein, welche Menschenrechte wir aufgeben wollen, sondern welche wir uns noch leisten können. Bundesinnenminister Schily hat diesem hochgefährlichen Satz dankenswerterweise energisch widersprochen und betont, die Aufgabe von Menschenrechten im Zuge der Terrorismusbekämpfung sei genau der falsche Weg. Ich denke, diese Aussage bleibt bestehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in unserem Antrag gehen wir, wie auch in den letzten Jahren, auf die Situation in einzelnen Ländern ein. Wir glauben, dass wir dies – gerade aufgrund der Schwerpunkte, die auch der Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe gesetzt hat – zu Recht tun und die Probleme in diesen Ländern deutlich beschreiben. So ist es nach unserer Auffassung auch richtig, dass die ersten Länder, die wir aufführen, Russland und China sind. Zwar verzeichnen wir in beiden Ländern im Rechtsstaatsdialog und im Menschenrechtsdialog auch positive Entwicklungen. Aber unsere Meinung ist: Menschenrechtsverletzungen können und dürfen niemals gegen positive Taten aufgewogen werden. Auch dieser Satz bleibt für uns die Wahrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In Simbabwe können wir im Moment leider überhaupt keine positiven Entwicklungen feststellen. Der menschenverachtende Terror des Mugabe-Regimes geht ungebremst weiter. Gerade hier erwarten wir auch aus dem Kreis der Afrikanischen Union Signale in Richtung auf eine Länderresolution, die in diesem Jahr endlich bei der Kommission durchgesetzt werden muss.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich füge aber auch hinzu, dass die Glaubwürdigkeit der EU bzw. einzelner Staaten, wenn es um eine konsequente Menschenrechtspolitik geht, nicht gerade dadurch gestärkt wird, dass man dem Diktator die Möglichkeit verschafft, sich auf Konferenzen in europäischen Hauptstädten zu präsentieren. Auch dies gehört zur Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Es ist gut – darüber bin ich sehr froh –, dass wir uns zum Fall Sudan mit einem konsensualen Antrag zu Wort melden, der die Realität beschreibt. Ich glaube, wir alle können sagen, dass wir hinter diesem Antrag stehen. Zwar kann auch dort noch nicht von einer substanziellen Verbesserung der Menschenrechtslage die Rede sein. Insbesondere aber ist die Forderung berechtigt, die eskalierende Situation im Westen, in der Region Darfur, und die Notwendigkeit des freien Zugangs zu Hilfsorganisationen in diesen Antrag aufzunehmen. Die historische Chance für den Abschluss eines Friedensabkommens zwischen dem befeindeten Süden und Norden des Sudan berechtigt aber durchaus zu der Hoffnung, dass auch die Menschenrechte von diesem Prozess profitieren werden. Wir begrüßen daher ausdrücklich den Antrag der FDP-Fraktion und stimmen ihm, mit den im Ausschuss vorgenommenen Änderungen, aus Überzeugung zu.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Die Forderungen, die wir in unseren Koalitionsantrag aufgenommen haben, orientieren sich natürlich auch an allgemeinen, die Menschenrechte betreffenden Themen. Der alarmierende Befund der neuen Sonderberichterstatteerin Yakin Ertürk zum Beispiel macht es notwendig, auch dem Problem der Gewalt gegen Frauen wieder Gehör zu verschaffen und unsere Entschlossenheit auszudrücken, dieses Thema auf der Sitzung der Kommission mit konkreten Zielsetzungen zu behandeln.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Auch und gerade Frauenrechte, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, sind nicht kulturspezifisch unterschiedlich interpretierbar; ich glaube, diese Wahrheit müssen wir immer wieder aussprechen. Für eine konsequente Durchsetzung der Menschenrechte – auch im eigenen Hause – stehen weiter die in unserem Antrag erwähnten Punkte zu der Verantwortung von Wirtschaftsunternehmen in Bezug auf die Menschenrechte sowie die Kinderrechte. Wir mahnen daher wieder einmal die Rücknahme der deutschen Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention an und werden dies in Zukunft weiter betreiben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren von der Opposition, nach dem, was wir im Ausschuss gehört haben, wäre es sehr schön, wenn Sie endlich auch die Regierungen der noch von Ihnen regierten Bundesländer dazu bringen würden, ...

(Holger Haibach [CDU/CSU]: Was heißt hier „noch“?)

... der Rücknahme der Vorbehalte zuzustimmen; ich glaube, das wäre mehr als Worte.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Die Tatsache, dass sich die Menschenrechte nicht auf Dauer mit Gewalt erzwingen lassen, erfordert auch eine konsequente Behandlung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte. In diesem Zusammenhang begrüßen wir ausdrücklich die Initiativen der Bundesregierung – unter anderem auch mit Finnland – zur weiteren Stärkung dieser Rechte mit dem Fokus auf den Bedürfnissen sozial marginalisierter Bevölkerungsgruppen, insbesondere ihrer Trinkwasserversorgung, sowie zur Resolution zum Recht auf angemessenes Wohnen. Ich glaube, das gehört integral zu unserer Debatte. Wir begrüßen auch außerordentlich, dass die von der Unterkommission zur Förderung und dem Schutz von Menschenrechten verabschiedeten Normen zur die Menschenrechte betreffenden Verantwortung von transnationalen und anderen Wirtschaftsunternehmen positiv aufgegriffen werden, da sie über den auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhenden Ansatz von „Global Compact“ hinaus mehr Verbindlichkeit schaffen können und auch müssen. Auch dies gehört, denke ich, mit zur Menschenrechtsdebatte. Auf der anderen Seite haben wir gerade in den letzten Wochen und Monaten zur

Kenntnis nehmen müssen, dass Umfragen – auch in unserem eigenen Land – gezeigt haben, welchen geringen Stellenwert die Grund- und Menschenrechte in unserer Gesellschaft, insbesondere unter jungen Menschen, einnehmen. Deshalb – ich glaube, das ist aus dieser Debatte heraus ein Signal – möchte ich all denen danken, die sich der schwierigen Aufgabe widmen, den unverrückbaren Stellenwert der Menschenrechte auch bei uns immer wieder ins Bewusstsein zu rufen, ...

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

... den vielen NGOs zum Beispiel, die im Forum Menschenrechte zusammenarbeiten, aber auch und besonders dem noch jungen Deutschen Institut für Menschenrechte, das bereits jetzt eine hervorragende Arbeit leistet.

(Beifall im ganzen Hause)

Vor diesem Hintergrund sehe ich die Menschenrechtsarbeit auch in unserem Land auf einem insgesamt guten Weg. Nur dies berechtigt uns, auf dem internationalen Parkett Fortschritte anzumahnen und glaubwürdig die neue VN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Frau Dr. Arbour, mit Nachdruck zu unterstützen. Auch ihr seien an dieser Stelle unsere besten Wünsche mitgegeben. Sie tritt die Nachfolge von Sergio de Mello an, der den Einsatz für die Menschenrechte mit seinem Leben bezahlte. Wir denken an ihn in Hochachtung und sollten alles daransetzen, sein Vermächtnis zu erfüllen: die Verwirklichung der Menschenrechte in der ganzen, einen Welt.

Ich danke Ihnen ganz herzlich.

(Beifall im ganzen Hause)